

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Helga Timm MdB, Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, unterstützt die UN-Abrüstungswoche: Aktivposten für Friedensbewegung. Seite 1

Uwe Holtz MdB sieht im Ergebnis der Cancun-Konferenz eine Chance zum konstruktiven Nord-Süd-Dialog: Ein realistischer Ansatz. Seite 3

Peter Conradi MdB setzt sich für die "Tagesschau für Gehörlose" ein: Fernsehen ohne Ton? Seite 4

Liesel Hartenstein MdB fordert Maßnahmen gegen das Tannen- und Fichtensterben durch Schwefeldioxydemissionen: Die Ursachen bekämpfen. Seite 5

Ernst Waltemathe MdB befürwortet konkrete Hilfen für die Nordsee: Bund und Länder müssen Zuständigkeiten festlegen. Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 204

26. Oktober 1981

Aktivposten für Friedensbewegung

Die Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen unterstützen

Von Dr. Helga Timm MdB  
Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im Jahre 1978 erstmals eine Sondertagung, es war die zehnte, ausschließlich den Problemen der Abrüstung gewidmet. Im Schlußdokument dieser Abrüstungs-Sondertagung heißt es:

"Die ungeheuren Waffenarsenale und die gewaltige Massierung von Waffen und Streitkräften sowie das wett-eifernde Bemühen um technische Vervollkommnung von Waffen aller Art durch Verwendung wissenschaftlicher Hilfsmittel und neuer technologischer Erkenntnisse für diesen Zweck stellen unberechenbare Gefahren für den Frieden dar. Diese Lage ist eine Folge der internationalen Spannungen und verschärft sie zugleich, vertieft die Konflikte in vielen Teilen der Welt, behindert den Entspannungsprozeß, verschärft die zwischen entgegengesetzten Militärbündnissen bestehenden Differenzen, gefährdet die Sicherheit aller Staaten, verstärkt das in allen Staaten - einschließlich der Nichtkernwaffenstaaten - vorhandene Gefühl der Unsicherheit und erhöht die Gefahr eines Atomkrieges."

Gleichzeitig erklärte die Generalversammlung die Woche, die am 24. Oktober, dem Tag der Gründung der Vereinten Nationen, beginnt, zur Woche für die Förderung der Ziele der Abrüstung. In Paris, Brüssel, London, Rom, Oslo und Stockholm haben in dieser Woche Hunderttausende demonstriert, um sich gegen die atomare Aufrüstung in Ost und West auszusprechen. Am 10. Oktober dieses Jahres war Bonn Schauplatz einer der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik, die ebenfalls der Abrüstung und der Erhaltung des Friedens galt.

Verpflichtige Umzug  
nur verworfenen Redaktionen  
Kreuzliche Papiere



Ein Zusammenhang zur Abrüstungswoche der Vereinten Nationen wurde dabei kaum hergestellt, obwohl sich die Vereinten Nationen bemüht haben, dem öffentlichen Eintreten für die Ziele der Abrüstung größere Legitimität zu verschaffen. Ich will diese Tatsache nicht kritisieren, aber es ist zu bedauern, daß für die Friedensbewegung die UNO als Instrument der Friedenssicherung keine große Rolle zu spielen scheint, und ich kann nur hoffen, daß die jetzt beginnende Abrüstungswoche dazu beitragen wird, daß die Vereinten Nationen stärker als Legitimationsbasis für das Bemühen um weltweite Abrüstung berücksichtigt werden. Für die Sache des Friedens kann das nur nützlich sein, denn vom 7. Juni bis 9. Juli 1982 wird in New York eine zweite Sondergeneralversammlung ausschließlich dem Thema Abrüstung gewidmet sein.

Wenn wir die Friedenssehnsucht so vieler Menschen in konkrete Friedenspolitik umsetzen wollen, dann tun wir gut daran, die Vereinten Nationen als Friedensorganisation in den gemeinsamen Kampf um Abrüstung mit einzubeziehen. Es reicht nicht aus, die Forderung nach Abrüstung allein an unsere Regierung zu richten. Die Schultern der Bundesregierung sind in diesem Punkt zu schmal. Abrüstung ist ein weltweites Problem.

In der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist dieser Gesichtspunkt bisher viel zu kurz gekommen. Mit ihrem unverantwortlichen Gerede von Volksfront und - noch schlimmer, weil bössartige Absicht dahinter steht - umgekehrtem Reichsparteitag, hat die Opposition versucht, die Friedensbewegung in schiefes Licht zu rücken und in die Ecke zu drängen, und zwar sowohl in die kommunistische als auch in die faschistische.

Wer so operiert, trägt dazu bei, den Gemeinschaftsfrieden von innen infrage zu stellen. Der Berliner Bischof Martin Kruse hat zu Recht die Gewalt der Worte beklagt, die auf Vernichtung des anderen aus ist. So können wir, so dürfen wir mit der Friedensbewegung in unserem Lande nicht umgehen; ganz abgesehen davon, daß in dieser Form der Auseinandersetzung nicht mehr erkennbar bleibt, wie und auf welchem Wege die Bundesrepublik ihren Teil zur Abrüstung und zur Sicherung des Friedens leisten kann und soll. Wir brauchen Partner, im Westen und im Osten und wir sollten uns immer wieder klar machen, daß Frieden und Abrüstung weltweite Probleme sind, zu deren Lösung die UNO einen wichtigen Beitrag leisten kann.

(-/26.10.1981/ks/ca)

+ + +



Ein realistischer Ansatz

Cancun eröffnet die Chance zum konstruktiven Nord-Süd-Dialog

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Zusammenkunft in Cancun war nicht als Konferenz mit dem Ziel gedacht, einen Beschluß darüber herbeizuführen, wie der Nord-Süd-Dialog fortgesetzt werden soll. Sie sollte den dort versammelten Staats- und Regierungschefs vor Augen führen, wie eng miteinander verwoben die Welt ist, und wie dringend es einer gemeinsamen Anstrengung bedarf, um die Beziehungen zwischen Nord und Süd gerechter zu gestalten und den Konflikt zwischen diesen beiden Teilen der Welt friedlich zu lösen. Deshalb war schon ihr Zustandekommen ein Erfolg.

Man wird abwarten müssen, ob sich in Cancun eine gewisse Wende in der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit angedeutet hat. In die Frage der "Globalen Verhandlungen" scheint endlich Bewegung gekommen zu sein. Damit eröffnet sich die Chance, die ganze Problempalette des Verhältnisses zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern in jenem Zusammenhang beraten zu können, in dem die einzelnen Fragen erst verständlich und lösbar werden.

Wichtig ist jedenfalls, daß es zu der befürchteten Blockadepolitik durch die Vereinten Staaten nicht gekommen ist, nicht zuletzt Dank des Engagements der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. Damit bleibt die Möglichkeit, bei globalen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen sicherzustellen, daß sich die Sowjetunion und ihre Freunde künftig aktiv und konstruktiv am Nord-Süd-Dialog beteiligen.

Über die Folgen von Cancun kann kein rasches abschließendes Urteil gefällt werden. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird der zuständigen Arbeitsgruppe in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion morgen ausführlich berichten. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sich mit dieser Frage zu befassen haben. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sorgfältig beraten, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

Cancun ist ein realistischer Ansatz für eine Belebung, wenn nicht Neuorientierung des Nord-Süd-Dialoges. Die Chance, die dieser Ansatz bietet, dürfen wir nicht verstreichen lassen.

(-/26.10.1981/ks/ca)

+ + +



Fernsehen ohne Ton ?  
-----

Die Gehörlosen-Unterschriftenaktion "Eine Tagesschau  
für Gehörlose" sollte jeder unterstützen

Von Peter Conradi MdB

Man muß das selbst einmal ausprobieren: die "Tagesschau" oder "Heute" im Fernsehen anschauen und dabei den Ton abdrehen. Das Ergebnis ist erschreckend: Man bekommt praktisch nichts mit. Die Bilder ohne den gesprochenen Text geben nur ein Minimum an Information. Warum das?

Unter uns leben mehr als 100.000 Gehörlose und Schwerhörige, und es ist gut, sich einmal deutlich zu machen, was diese schwere Behinderung beispielsweise vor dem Fernseher bedeutet. Seit Jahren fordern die Gehörlosen, daß auch ihnen das Fernsehen geöffnet wird, vor allem die täglichen Nachrichten in Tagesschau und Heute.

Was in den USA und in Großbritannien möglich ist, sollte bei uns nicht unmöglich sein. In den USA gibt es täglich Gehörlosen-Nachrichten im Fernsehen; in England gibt es auf beiden Fernsehnetzen 17 Stunden Nachrichten und Informationen, zum Beispiel durch Untertitel im Bild, die von Gehörlosen mitgelesen werden können.

Wir Normalhörenden haben täglich zahlreiche Rundfunkprogramme und drei - in manchen Teilen der Bundesrepublik auch mehr - Fernsehprogramme zur Auswahl. Warum ist es nicht möglich, bei den Nachrichtensendungen ausführliche Untertitel einzublenden, möglicherweise auch eine Box mit einem Dolmetscher, der die vom Sprecher vorgelesenen Nachrichten in die Gebärdensprache der Gehörlosen übersetzt? Der Einwand, das würde die Normalhörenden stören, ist töricht und unsolidarisch.

"Eine Tagesschau für Gehörlose" - dafür sammeln die Gehörlosen bis Ende 1981 Unterschriften. Wir sollten diese Aktion unterstützen. Unterschriften-Listen gibt es bei der Gehörlosen-Redaktion Hamburg, An der Bredenbek 9 d, 2071 Ammersbek.

(-/26.10.1981/hi/ca)

+

+

+



### Die Ursachen bekämpfen

#### Tannen- und Fichtensterben durch Schwefeldioxydemissionen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem sich in letzter Zeit die Meldungen häufen, wonach in immer mehr Waldgebieten der Bundesrepublik ein Tannen- und Fichtensterben um sich greift, das mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd zurückzuführen ist, hat die Arbeitsgruppe für Umweltfragen eine Exkursion in eines der am stärksten betroffenen Gebiete, den Schwarzwald, unternommen. Schwerpunkt der Vor-Ort-Aktion, an denen auch Vertreter der staatlichen Forstverwaltung teilnahmen, war der Raum Freudenstadt-Alpirsbach. Die dort vorhandenen Nadelwaldbestände weisen zu 55 Prozent Tannen und zu 37 Prozent Fichten auf. Das Ausmaß der Schäden hat sich in den letzten Jahren rasch erhöht; in Baden-Württemberg sind von circa 120.000 Hektar Tannenwäldern bereits 64.000 Hektar erkrankt. Betroffen sind ebenfalls Wälder in Hessen, im Ruhrgebiet, im Saarland und der Bayerische Wald. In ganz Europa wird die durch Schwefeldioxydemissionen geschädigte Waldfläche auf 1,5 Millionen Hektar geschätzt.

Als wichtigste Ergebnisse sind festzuhalten:

- Die Erkrankungen der Nadelbäume werden seit über zehn Jahren beobachtet; zuerst wurden ausschließlich Tannen davon erfaßt, als zweite Welle folgen nunmehr seit ungefähr 1976 die Fichten.
- Der Krankheitsverlauf beginnt mit dem Verfärben und Abfallen der Nadeln, darauf folgt das Absterben der Äste und das Kahlwerden der Baumkronen. Werden die Bäume gefällt, so weisen sie im Stamm einen Naßkern auf, der das Holz nahezu wertlos macht.
- Zunächst waren nur ältere, meist 100 bis 170jährige Tannen von der Krankheit befallen, jetzt werden zunehmend bereits jüngere Bäume erfaßt.
- An den Jahresringen zeigt sich, daß das Wachstum in den letzten 15 bis 20 Jahren deutlich nachgelassen hat; bei neu gepflanzten Bäumen sind Zuwachsverluste von 20 bis 30 Prozent festzuhalten, was sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht negativ auswirkt.
- Die Ursache des Baumsterbens ist noch nicht völlig geklärt; mit großer Wahrscheinlichkeit hängt sie aber mit dem sogenannten "sauren Regen" zusammen. Das in der Luft immer konzentrierter auftretende Schwefeldioxyd verbindet sich mit dem Niederschlag zu Schwefelsäure, die, in den Boden eingedrungen, das Wurzelwerk der Bäume angreift und damit den Krankheitsprozeß auslöst.

Jährlich werden in der Bundesrepublik rund 3,6 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd (SO<sub>2</sub>) in die Luft abgegeben. Das SO<sub>2</sub> entsteht durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen, also von Kohle und Öl; es stammt vorwiegend aus den Schornsteinen der Industrie, der Kraftwerke und der Haushaltungen. Ein kleiner Teil kommt aus den Auspuffrohren der Kraftfahrzeuge.

Durch den Bau sehr hoher Schornsteine (früher zum Beispiel 50 Meter, heute 250 Meter und mehr) wird fast 50 Prozent des ausgestoßenen SO<sub>2</sub> bis zu 1.000 Kilometer weit transportiert, bevor es in Form des "sauren Regens" wieder zur Erde zurückkehrt. Dadurch er-



klärt sich, daß auch Wälder an industriefernen Standorten, zum Beispiel in Schweden, starke Schädigungen aufweisen. In Skandinavien werden überdies mehr als 10.000 Seen infolge der Übersäuerung als tote Gewässer bezeichnet.

Nach Auffassung der Forstexperten ist das Baumsterben nur die Spitze eines Eisberges. Das heißt, absterbende Waldbestände sind Indikatoren für eine sehr viel tiefergehende Umweltschädigung, die früher oder später auch die Menschen ergreift. Es reicht daher nicht aus, durch Kalkdüngung der Bodenversauerung entgegenzuwirken oder erkrankte Bestände durch Neuanpflanzungen zu ersetzen; vielmehr müssen die Ursachen des Übels bekämpft werden. Als vordringliche Konsequenzen sind zu nennen:

1. die Verschärfung der zulässigen Immissionsgrenzwerte, insbesondere für Schwefeldioxyd, bei der Neufassung der TA Luft;
2. spürbare Reduzierung der SO<sub>2</sub>-Emission vor allem bei den Hauptemittenten durch Rauchgasentschwefelung;
3. Aufstellung von Meßplänen und Kontrolle durch regelmäßige Messungen;
4. Beendigung der "Hochschornstein-Politik", da sie zwar zu einer größeren Verteilung der Schadstoffe, aber nicht zur Verminderung der damit verbundenen Gefahren geführt hat;
5. Abgasentgiftung bei Kraftfahrzeugen;
6. Rationellere Energieverwendung durch Ausbau der Fernwärmeversorgung und Förderung der Abwärmenutzung; Senkung des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen"
7. Intensivierung der Forschung zur Klärung der Wirkungszusammenhänge, insbesondere auch unter dem Aspekt der Auswirkung auf die menschliche Gesundheit.

(-/26.10.1981/hi/ca)

+ + +



Hilfen für die Nordsee  
-----

Bund und Länder müssen Zuständigkeiten festlegen

Von Ernst Waltemathe MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Schutz des Wattenmeeres

Die Arbeitsgruppe "Schutz des Wattenmeeres", der sozialdemokratische Parlamentarier der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion der vier Küstenländer angehören, hat sich am 16. Oktober 1981 auf einer Sitzung in Bremen mit Fragen des Schutzes des Wattenmeeres auf der Grundlage des Sondergutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen "Umweltprobleme der Nordsee" befaßt und eine Reihe von Beschlüssen verabschiedet:

1. Die Arbeitsgruppe begrüßt den Beschluß der Fraktionsvorsitzenden der vier Küstenländer vom 16. September 1981 zum Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, mit dem die ganze Problembreite aufgezeigt und die Notwendigkeit zum Handeln dargelegt wird.
2. Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß es zum Schutz der Nordsee, ihrer Zuflüsse und des Wattenmeeres einer Reihe von vordringlichen Maßnahmen bedarf.
  - Die auf Regierungsebene laufenden Gespräche mit Dänemark und den Niederlanden zu Fragen des Wattenmeerschutzes sollten unverzüglich wieder aufgenommen werden. Die Arbeitsgruppe hält eine internationale Wattenmeer-Konvention für notwendig, ist aber gleichzeitig der Auffassung, daß zunächst einmal nationale Maßnahmen zum Schutz des Wattenmeeres - beispielsweise durch Ausweisung als Nationalpark - nach den Vorschriften des Bundes und der einschlägigen Landesvorschriften getroffen werden sollten.
  - Die bereits nach geltendem Recht mögliche routinemäßige Überwachung und Kontrolle zur Verhütung und Bekämpfung von Ölverschmutzung ist zu intensivieren, einheitliche Meßverfahren sind festzulegen. Dabei sollten der



Bund und die vier Küstenländer darauf hinwirken, daß eine einheitliche und klare Zuständigkeit festgelegt wird.

- Das Ratifizierungsverfahren zum Internationalen Übereinkommen der Meeresverschmutzung durch Schiffe von 1973 (MARPOL) mit Zusatzprotokoll von 1978 ist zum Abschluß zu bringen. Die Arbeitsgruppe bedauert in diesem Zusammenhang, daß nach dem Zusatzprotokoll von 1978 der Eintrag von flüssigen Chemikalienrückständen nach Reinigung der Tanks von Chemikalientransportern in die Nordsee auch nach Inkrafttreten des Übereinkommens noch für eine Übergangsfrist von drei Jahren zulässig sein wird.
- Eine stärkere Koordinierung der Meeres- und Ökologieforschung ist anzustreben. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, mitzuteilen, welche Schritte sie entsprechend ihren Ankündigungen im Anschluß an die auf Regierungsebene laufenden Gespräche zum Schutz des Wattenmeeres unternommen hat.
- Die Arbeitsgruppe wiederholt ihren Beschluß, den sie schon auf der Zweiten Internationalen Wattenmeerkonferenz im März dieses Jahres in Tonder gefaßt hatte, wonach auf eine Vordeichung der Nordstrander Bucht verzichtet werden sollte. Sie ist der Auffassung, daß aufgrund der inzwischen vorhandenen Gutachten technische Alternativen zur Vordeichungslösung bestehen und deshalb vorrangig eine Erhöhung und Verstärkung der bestehenden Deichlinien vorgenommen werden sollte. Die Arbeitsgruppe weist darauf hin, daß beispielsweise das Land Niedersachsen im Bereich des Küstenschutzes auf zweite Deichlinien in der Vergangenheit bereits vollständig verzichtet hat und sich Schleswig-Holstein am Beispiel Niedersachsens orientieren könnte.
- Die Arbeitsgruppe begrüßt die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, auf eine Vordeichung der Leybucht zu verzichten. Sie ist allerdings der Auffassung, daß auch die inzwischen vorliegenden Planungsvorschläge einer näheren Prüfung unterzogen werden müßten. Dies sollte auch in Gesprächen mit den Naturschutzverbänden erfolgen. Die Arbeitsgruppe bittet die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion, sich im besonderem Maße des Küstenschutzvorhabens "Leybucht" anzunehmen.

Mit diesen Beschlüssen wird deutlich, welchen Stellenwert die SPD-Politiker dem Schutz des Wattenmeeres und der Nordsee beimessen. (-26.10.1981/v0-he/ca)

+ + +